

36. Newsletter gegen Rechtsextremismus

Liebe Newsletter-AbonentInnen,

aufgrund einer **technischen Umstellung** erfolgt die Versendung des "Newsletter gegen Rechts" ab dieser Ausgabe per Mail. Ihre Mail-Adressen werden selbstverständlich weiterhin ausschließlich zur Versendung des Newsletters verwendet. Sollten Sie diesen nicht mehr erhalten wollen, können Sie ihn künftig durch kurze Mitteilung an newslettergegenrechts@gruene-fraktion-berlin.de abbestellen. Im Übrigen bleibt aber alles wie gehabt!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

dies ist die 36. Ausgabe unseres Newsletters gegen Rechtsextremismus: In unregelmäßigen Abständen möchten wir Sie/Euch hiermit über unsere Initiativen, Positionen und Termine auf dem Laufenden halten und zeitnah informieren, was in Berlin passiert.

Über Ihr/Euer Interesse freut sich und auf Ihre/Eure Unterstützung hofft

Ihre/Eure Clara Herrmann

Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Redaktion des Newsletters und Ansprechpartnerin für Nachfragen, Anregungen, Kritik oder technische Probleme: Clara Herrmann, newslettergegenrechts@gruene-fraktion-berlin.de

Inhalt

- 1. Anstieg rechter Gewalt in Berlin**
 - 2. Parlament verabschiedet NSU-Antrag**
 - 3. Schriftliche Anfrage**
-

1. Anstieg rechter Gewalt in Berlin

Der Berliner Verfassungsschutz hat seinen Jahresbericht 2013 vorgestellt. Die Berliner Polizei hat ihre Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), das Lagebild Politisch motivierte Kriminalität (PMK) sowie den Kriminalitätsatlas für das Jahr 2013 vorgelegt.

Diesen Berichten ist ein alarmierender Trend für Berlin zu entnehmen: Die Gewaltbereitschaft der Neonaziszene hat deutlich zugenommen. Insgesamt wurden 83 rechtsextreme Gewaltdelikte registriert – das bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 38 Prozent. Eine Entwicklung, die sich auch in den Zahlen der Opferberatungsstelle ReachOut wiederfindet. Diese verzeichnet für das Jahr 2013 die traurige Bilanz von 185 Angriffen aus rechtsextrem, rassistisch, antisemitisch oder homophob motivierten Gründen und damit 46 Fälle mehr als im Vorjahr.

Innerhalb der rechtsextremen Gewalttaten zeigte sich die besorgniserregende Entwicklung, dass insbesondere ausländerfeindlich motivierte Übergriffe einen enormen Zuwachs erfahren haben: Diese Taten haben sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt! Die rechtsextreme Szene hat die steigenden Flüchtlingszahlen in der Stadt zu ihren Zwecken instrumentalisiert und unter dem Tarnmantel vermeintlicher Bürgerinitiativen ihre fremdenfeindliche Hetze verbreitet. Im Mittelpunkt stand hierbei lange die Eröffnung der Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge in Marzahn-Hellersdorf im August 2013, aber auch in Köpenick und Lichtenberg gibt es Facebookseiten, die gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in ihren Bezirken agitieren. Dass es zum Glück auch anders geht, hat Neukölln unter Beweis gestellt, wo sich ein breites Bündnis gegen die Versuche der Rechtsextremen stellte, auf dem Rücken der Flüchtlinge ihre fremdenfeindliche Hetze zu verbreiten.

Dass die gestiegene rechtsextreme Gewalt kein Berlin eigenes Problem darstellt, zeigt der neue Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz, der für das Jahr 2013 zum dritten mal in Folge einen Anstieg fremdenfeindlicher Gewalttaten im Bund verzeichnet. Bundesweit wurden danach insgesamt 473 rechtsextreme Übergriffe gezählt, im Vorjahr waren es noch 393.

Diese Zahlen verdeutlichen eine besorgniserregende Entwicklung und nehmen uns alle in die Verantwortung weiter entschlossen gegen Rechts vorzugehen: Gerade die Behörden müssen rechtsextreme Gewalt ernst nehmen, die Opfer besser schützen und die Zivilgesellschaft weiter stärken!

Parlamentarisches:

- Meine Pressemitteilung „*GEWALTBEREITSCHAFT IN RECHTER SZENE NIMMT ZU*“ ist [hier](#) zu finden
 - Die Lagedarstellung Politisch motivierte Kriminalität in Berlin 2013 finden Sie [hier](#)
 - Den Verfassungsschutzbericht 2013 für Berlin finden Sie [hier](#)
-

2. Parlament verabschiedet NSU-Antrag

In seiner Plenarsitzung am 19. Juni hat das Abgeordnetenhaus von Berlin den gemeinsamen Antrag aller Fraktionen „*Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses umsetzen*“ verabschiedet. Danach hat der Senat die die Landesebene betreffenden Empfehlungen des Bundestags-Untersuchungsausschusses in Berlin umzusetzen. Dies betrifft insbesondere die Berliner Polizei, richtet sich aber auch an die Staatsanwaltschaft und Gerichte. Dieser fraktionsübergreifende Antrag ist ein erster und wichtiger Schritt, diejenigen Veränderungen in den Sicherheitsbehörden herbeizuführen, die sich aus unserem jetzigen Kenntnisstand zum NSU-Komplex als zwingend notwendig erwiesen haben. Das gemeinsame Vorgehen aller Fraktionen ist hierbei besonders begrüßenswert, da wir so über Parteigrenzen hinweg ein klares Zeichen dafür setzen, dass rechtsextreme Gewalt von der Politik ernst genommen wird.

Allerdings kann und wird dieser Antrag nur ein Anfang sein und befreit uns nicht von unserer Pflicht, weiter aufzuklären und die Sicherheitsbehörden fortgehend ehrlich und schonungslos zu hinterfragen.

Parlamentarisches:

- Meine Rede im Plenum zum Antrag können Sie [hier](#) lesen
 - Ein Video meiner Rede im Plenum ist [hier](#) zu finden
 - Die Pressemitteilung zum Antrag aller Fraktionen finden Sie [hier](#)
 - Den Antrag „*Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses umsetzen*“ können Sie sich [hier](#) anschauen und herunterladen
-

3. Schriftliche Anfrage

- Die Schriftliche Anfrage zu neuen rechten Trefforten der Jungen Nationaldemokraten (JN) in Neukölln und die Antwort des Senats können Sie sich [hier](#) anschauen und herunterladen
-